

## Gezügelter Appetit auf «mehr Europa»

### *Economiesuisse für dosierte Weiterentwicklung des Bilateralismus*

Im Urteil von Economiesuisse garantiert der europapolitische Bilateralismus der Schweizer Wirtschaft einen guten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Der bilaterale Weg soll deshalb, schreibt der Dachverband, weiter begangen werden, wenn auch offenbar eher gemächlich.

rg. Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft hat in einem am Montag publizierten Papier zur Europapolitik im Grunde genommen nur seine hinlänglich bekannte Haltung bestätigt, wonach es im Verhältnis Schweiz - EU zurzeit keine Alternative zum «bewährten» Bilateralismus gebe, zumal das bestehende Vertragswerk der Schweizer Wirtschaft einen guten Zugang zum EU-Binnenmarkt ermögliche. Allerdings sticht ins Auge, dass zum einen für Economiesuisse der bilaterale Weg «Zukunft» hat, zum andern aber der gleiche Verband mit Blick auf neue Kooperationsfelder bzw. neue bilaterale Abkommen mit Brüssel eine recht grosse Zurückhaltung an den Tag legt. Vor diesem Hintergrund versteht sich die Absage des Dachverbands an jeglichen Flirt mit der Vollintegration fast von selbst. Nach Auffassung von Economiesuisse wäre nämlich ein Beitritt der Schweiz zur EU mit allzu vielen Standortnachteilen verbunden.

#### **Unverzichtbare Personenfreizügigkeit**

Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit der EU sind überaus eng: Mehr als 81% ihrer Einfuhren und mehr als 60% ihrer Ausfuhren tätigte die Schweiz im vergangenen Jahr mit den Mitgliedstaaten der EU. Zudem stammten 2005 rund 68% der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz aus dem EU-Raum, und gut 40% der schweizerischen Direktinvestitionen flossen in die EU-Mitgliedstaaten. Solche Zahlen belegen die Bedeutung stabiler Rahmenbedingungen und guter Beziehungen mit der EU, wie sie das geltende bilaterale Vertragswerk ermöglicht. So müssen für Economiesuisse die Umsetzung und Ausdehnung der bestehenden Abkommen und nicht das Schnüren neuer Verhandlungspakete im Vordergrund der helvetischen Europapolitik stehen.

Mit Umsetzung und Ausdehnung meint der Verband vor allem die Personenfreizügigkeit. Dieses Sektoralabkommen, gleichsam das «Filet-

stück» im bilateralen Beziehungsgeflecht, wurde 2002 für eine Periode von sieben Jahren abgeschlossen und gilt für alle EU-Länder – ausser für Rumänien und Bulgarien, die erst zu Jahresbeginn der EU beigetreten sind. Sowohl die Weiterführung des Abkommens als auch dessen Ausdehnung auf die beiden Ostländer sind aber referendumsfähig. Economiesuisse lässt keine Zweifel daran, dass eine allfällige Volksabstimmung im ersten Halbjahr 2009 unbedingt gewonnen werden muss. Dies nicht allein deshalb, weil die Schweizer Wirtschaft in hohem Masse vom freien Personenverkehr profitiert. Vielmehr drohte bei einem Nein des Stimmvolks der ganze Bilateralismus wie ein Kartenhaus zusammenzufallen.

#### **Wider EWR-ähnliche Verhältnisse**

Im Wissen darum, dass die Schweiz mit dem Bilateralismus ohnehin eine schmale Gratwanderung absolviert und dass die Bereitschaft und Fähigkeit einer immer mehr Mitglieder zählenden EU abnimmt, Sonderlösungen mit der Schweiz auszuhandeln, sind für Economiesuisse die Bedürfnisse an neuen Abkommen mit der EU weitgehend abgedeckt; Zusatzwünsche – nicht Forderungen – werden nur für die Bereiche Elektrizität und Agrarfreihandel angemeldet. Den gezügelten Appetit auf «mehr Europa» begründet Economiesuisse mit der Einschätzung, die EU fordere von der Schweiz zunehmend die Übernahme ihres «Acquis communautaire». Entsprechend reserviert steht der Dachverband denn auch der Idee eines Rahmenabkommens zwischen den beiden Seiten gegenüber. Quer will sich der Verband vor allem dann legen, wenn die EU über ein solches Abkommen quasi EWR-ähnliche Verhältnisse (automatische Übernahme des EU-Rechtsbestandes in die bestehenden Abkommen), notabene ohne Mitsprache der Schweiz, erzwingen möchte.

Eine klare Sprache findet Economiesuisse schliesslich auch für den seit 2005 schwelenden Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz betreffend die kantonalen Sonderregelungen für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften, die wesentlich zur Standortattraktivität des Landes für mobile Kapitalgesellschaften beitragen. Sie gipfelt im Satz: «Für die Schweiz ist die Steuersouveränität nicht verhandelbar.» Allerdings liegt auch Economiesuisse daran, das Konfliktpotenzial mit Brüssel zu reduzieren. Deshalb

---

unterstützt der Verband die Strategie des Bundesrates, Dialogbereitschaft gegenüber der EU zu signalisieren und parallel dazu mittels «autonomer Massnahmen» den Steuerstandort Schweiz zu optimieren. Damit will Economiesuisse zum Ausdruck bringen, dass die Schweiz zwar im

internationalen Steuerwettbewerb kein Terrain preisgeben darf, gleichzeitig aber über kurz oder lang eine aus EU-Sicht akzeptable Lösung im Steuerkonflikt finden muss, wenn sie die Beziehungen mit Brüssel nicht nachhaltig belasten will.